



MINISTERIUM FÜR UMWELT, RAUMORDNUNG UND LANDWIRTSCHAFT
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft · Postfach 300552 · 4000 Düsseldorf 30

An die
Präsidentin des Landtages
Platz des Landtages

4000 Düsseldorf 1



Schwannstraße 3, 4000 Düsseldorf 30

Telefon (02 11) 45 66 - 0

Durchwahl (02 11) 45 66 650

Telefax (02 11) 45 66 - 3 88

Teletex 211709=UMNW

Datum 14. Juli 1992

Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben)

I C

Betr.: Bericht der Landesregierung über Öko-Abgaben

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

in einer EntschlieÙung vom 24. April 1991 (Landtagsdrucks.
11/1624) hatte der Landtag die Landesregierung aufgefordert, bis
Ende des Jahres 1991 einen Bericht zu erstatten über

- die umwelt-, wirtschafts- und finanzpolitischen Wirkungen
bundesweiter Öko-Abgaben auf Nordrhein-Westfalen
- konkrete Alternativen, die auf Landesebene gestaltet werden
können.

Mit Schreiben vom 27. Dezember 1991 hatte ich Sie darüber unter-
richtet, daß die Bundesregierung im Jahre 1991 trotz mehrfacher
Ankündigungen leider keine Festlegungen im Hinblick auf die Ein-
führung und Ausgestaltung von Öko-Abgaben getroffen habe. Ich
hatte deshalb um Verständnis gebeten, daß eine Berichterstattung
vor dem Jahre 1992 nicht möglich sei, zumal auch übergreifende
Initiativen aus dem Bereich der Europäischen Gemeinschaft einzu-
beziehen seien.

Im bisherigen Verlaufe des Jahres 1992 haben sowohl die Europä-
ische Gemeinschaft wie die Bundesregierung erkennen lassen, daß
ein Regelungswille für eine Energiesteuer bzw. Abfallabgabe

besteht. Über die Konditionen und die Ausgestaltung der möglicherweise beabsichtigten Regelungen gibt es bisher allerdings noch kein klares Bild. Das gilt auch nach Abschluß der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro und dem Weltwirtschaftsgipfel in München.

Deshalb bestehen für zwei wichtige Bereiche bundesrechtlicher oder europarechtlicher Regelungen derzeit keine eindeutigen Positionen, die für die Bestimmung von Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsspielräumen des Landes von durchgreifender Bedeutung sind.

Darüber hinaus laufen im Rahmen der Agrarministerkonferenz Überlegungen zur Ausgestaltung und Einführung einer Stickstoffabgabe/Stickstoffsteuer, die auch Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen und Beratungen sind. Von diesen Beratungen werden ebenfalls wichtige Elemente des landesspezifischen Handlungsspielraumes berührt.

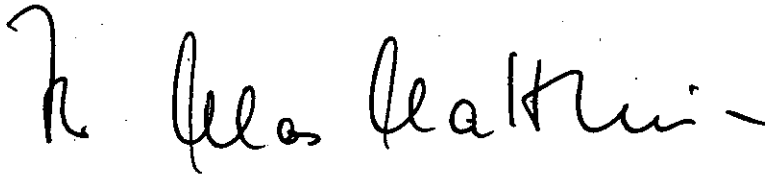
Deshalb ist festzuhalten, daß für eine sachgerechte Diskussion der Wirkungen von bundesweiten Öko-Abgaben auf Nordrhein-Westfalen und konkrete Handlungsalternativen auf Landesebene die erforderlichen Klärungen der Rahmenbedingungen weder auf der Ebene der Bundesregierung noch auf der Ebene der europäischen Gremien erfolgt sind. Deshalb ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich, eindeutige landesspezifische Positionen zu definieren und entsprechende Handlungsschritte festzulegen.

Die Landesregierung ist darauf angewiesen, diesen Klärungsprozeß zunächst abzuwarten, um ihre Position sachgerecht darstellen zu können. Das gilt um so mehr, als mit Inkrafttreten des gemeinsamen Binnenmarktes am 1. 1.1993 nationale und erst recht regionale Regelungen zum einen rechtlich eingeschränkt sind und zum anderen die Chancen des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen im Binnenmarkt berücksichtigen müssen.

Für die notwendige weitere Verzögerung der Berichterstattung bitte ich um Verständnis. Die Landesregierung wird ihre Position zu

Öko-Abgaben dann darlegen, wenn die Rahmenbedingungen der weiteren Entwicklung eindeutig bestimmt sind.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Matthiesen'.

(Klaus Matthiesen)